Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2093

08. 04. 88

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. April 1988
am Donnerstag, dem 14. April 1988

Verzeichnis der Fragesteller

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

1. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um entsprechend einer Bitte der Ministerpräsidenten der Bundesländer, ein Sonderprogramm zur Gerätemodernisierung im Bereich der Max-Planck-Gesellschaft vorzubereiten, und kann die Bundesregierung schon jetzt zusagen, daß ein solches Sonderprogramm in Höhe von ca. 60 Millionen DM im Bundeshaushalt für das Jahr 1989 etatisiert werden wird?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

2. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)	Kann die Bundesregierung nunmehr Auskunft darüber geben, welche Bereiche die von Bundeskanzler Kohl (Tagesschau vom 11. März 1987) angekündigte „große Kabinettsreform" berühren wird?
3. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)	Wann ist mit dieser Kabinettsreform zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

4. Abgeordnete **Frau Oesterle-Schwerin** (DIE GRÜNEN)	Gilt die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn (Fragestunde Deutscher Bundestag, 3. März 1988) „die Erteilung einer Pflegeerlaubnis setzt dabei ganz allgemein voraus, daß in der Pflegestelle das leibliche, geistige und seelische Wohl des Kindes gewährleistet ist. Die sexuelle Orientierung des Bewerbers um eine Pflegeerlaubnis ist nur insoweit von Bedeutung, als sie geeignet ist, das Wohl des zu betreuenden Kindes zu gefährden. Dabei ist auf die Situation im Einzelfall abzustellen." nach Meinung der Bundesregierung nur für die Kinder von HIV-infizierten Müttern oder auch für die Kinder von gesunden Müttern?
5. Abgeordnete **Frau Oesterle-Schwerin** (DIE GRÜNEN)	In welchen Fällen ist die sexuelle Orientierung eines Bewerbers oder einer Bewerberin nach Meinung der Bundesregierung dazu geeignet, das Wohl eines zu betreuenden Kindes zu gefährden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

6. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Überdüngung vieler landwirtschaftlich genutzter Böden nicht nur nachteilige Auswirkungen auf die Qualität des Grund- und Trinkwassers hat, sondern auch zu erhöhten Nitratbelastungen von auf solchen Böden angebautem Gemüse und Salat führt, und liegen der Bundesregierung Meßergebnisse über die Höhe dieser Nitratbelastung vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

7. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Denkt die Bundesregierung daran, durch Maßnahmen, wie z. B. die Bestimmung einer zulässigen Höchstbelastung bei Gemüse und Salat, durch Einführung einer Kennzeichnungspflicht bezüglich der Nitratbelastung oder durch vergleichbare Regelungen dem Verbraucher die Möglichkeit einzuräumen, sich über den Nitratgehalt solcher Produkte informieren zu können?

8. Abgeordneter **Ganz (St. Wendel)** (CDU/CSU)

Liegt die Anzahl der Leukämiefälle in der Region Birkenfeld (Rheinland-Pfalz) höher als in anderen Regionen der Bundesrepublik Deutschland und in welchem Ausmaß ist in den letzten Jahren ein Anstieg der Leukämiefälle in dieser Region zu verzeichnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

9. Abgeordneter **Ganz (St. Wendel)** (CDU/CSU)

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Anzahl von Leukämiefällen und der Nähe radioaktiver Stoffe oder sich damit befassender Einrichtungen, und ist bei deren Beschäftigten und Familienangehörigen eine höhere Krankheitsquote festzustellen, die u. U. eine gesonderte Überwachung, Auflagenerteilung oder gar Schließung der Urananlage Birkenfeld-Ellweiler zur Konsequenz hätte?

10. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Gedenkt die Bundesregierung, einzelne Kontrollvereinbarungen für jedes Spaltstofflager mit der IAEO abzuschließen, und wie ist gegebenenfalls der Stand der Verhandlungen bei jedem dieser Lager?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

11. Abgeordnete
Frau Odendahl
(SPD)

Wann werden nach Kenntnis der Bundesregierung die Voraussetzungen dafür geschaffen sein, daß die vom Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages verhängte Sperre über einen Teil der Mittel zur investiven Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten aufgehoben werden kann?

12. Abgeordneter
Weisskirchen (Wiesloch)
(SPD)

Auf Grund welcher Einschätzung hält es die Bundesregierung für sachgerecht und vertretbar, daß nach Erfüllung des vor über zehn Jahren festgelegten Ausbauziels von 77 100 überbetrieblichen Ausbildungsplätzen kein einziger weiterer Ausbildungsplatz mehr aus Bundesmitteln finanziert werden darf?

13. Abgeordneter
Weisskirchen (Wiesloch)
(SPD)

Wie begründet die Bundesregierung ein starres Festhalten am Ausbauziel, wenn dieses bereits jetzt durch eine höhere Nachfrage von Trägern überbetrieblicher Berufsbildungsstätten überschritten wird, und welche Gesichtspunkte wendet sie im Einzelfall an, um eine finanzielle Beteiligung des Bundes abzulehnen?

14. Abgeordneter
Kastning
(SPD)

Wie sollen die überbetrieblichen Ausbildungsstätten nach Erreichen des festgelegten Ausbauziels genutzt werden?

15. Abgeordneter
Kastning
(SPD)

Welcher Ausbildungs- und Ausstattungsstandard soll erreicht und gehalten werden, und wie sollen nach Auslaufen des Programms diese Standards finanziell gesichert werden?

16. Abgeordneter
Rixe
(SPD)

Wie viele Förderprojekte für überbetriebliche Ausbildungsstätten mit welcher Zuschußhöhe können deshalb nicht begonnen werden, weil die Bundesregierung in diesem Jahr notwendig gewordene Entscheidungen noch nicht bzw. zu spät getroffen hat, obwohl andere öffentliche Zuschußgeber (Bundesländer, Bundesanstalt für Arbeit) entsprechende Mittel bereits zur Verfügung stellen bzw. bereits zur Vorfinanzierung des Bundesanteils eingesetzt haben?

17. Abgeordneter
Rixe
(SPD)

Wie wertet die Bundesregierung, daß sie durch ihr zögerndes Verhalten die Mobilisierung notwendiger Investitionen verhindert und damit die von ihr immer wieder propagierte offensive Beschäftigungspolitik besonders in Regionen und Wirtschaftszweigen mit hoher Arbeitslosigkeit konterkariert?

18. Abgeordneter **Dr. Böhme (Unna)** (SPD)

Wird die Bundesregierung im Zuge der Haushaltsaufstellung 1989 die geforderte Konzeption so rechtzeitig vorlegen, daß der Deutsche Bundestag die daraus resultierenden Auswirkungen haushaltsmäßig absichern kann?

19. Abgeordneter **Dr. Böhme (Unna)** (SPD)

Wie werden in der von der Bundesregierung vorzulegenden Konzeption die nach Auffassung der an der Berufsbildung Beteiligten notwendigen Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Leistungsfähigkeit überbetrieblicher Berufsbildungsstätten finanziell aus Bundesmitteln abgesichert, damit auch in Zukunft die Ausbildungsfähigkeit und -bereitschaft von Klein- und Mittelbetrieben trotz steigender Qualifikationsanforderungen im Wettbewerb mit Großbetrieben und weiterführenden Schulen gesichert werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

20. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, für die in den Ballungsräumen konzentrierten Bundesbehörden in den kommenden, von geburtenschwachen Jahrgängen gekennzeichneten Jahren ausreichenden Personalnachwuchs anwerben zu können, und ist sie bereit, die sich abzeichnende Personalknappheit in einer Reihe von Ballungsräumen durch Dezentralisierung von öffentlichen Aufgaben und Arbeitsplätzen in den ländlichen Raum und in das Zonenrandgebiet zu bewältigen?

21. Abgeordneter **Brauer** (DIE GRÜNEN)

Welche Gründe veranlaßten die Bundesregierung Mitte letzten Jahres, das fertiggestellte Gutachten „Fankultur und Fanverhalten" mit dem Hinweis zur Überarbeitung an die Gutachter zurückzugeben und einer Veröffentlichung nicht zuzustimmen, wenn diese Korrekturen nicht vornehmen würden?

22. Abgeordneter **Brauer** (DIE GRÜNEN)

Auf welcher Rechtsgrundlage werden auf internationaler Ebene „sicherheitsrelevante Fakten" über einreisende Fußballfangruppen anläßlich der Fußball-EM '88 an die zuständigen Polizeibehörden der Länder übermittelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

23. Abgeordneter **Huonker** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Arbeitnehmer, die im Jahr 1988 weder einen Antrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich stellen noch zur Einkommensteuer veranlagt werden, nachdem diese Zahl im Jahr 1983 laut Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2 701 800 Personen

betragen hat, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Arbeitnehmer, die ab 1990 wegen der geplanten sogenannten Dreizehntelung bei der Einbehaltung der Monatslohnsteuer und wegen der geplanten Streichung des Sonderausgaben-Pauschbetrags einen Antrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich stellen müssen, damit sie nicht mehr als die gesetzlich geschuldete Jahreslohnsteuer bzw. Einkommensteuer zahlen?

24. Abgeordneter **Huonker** (SPD)

Beruht die Tatsache, daß das Bundesministerium der Finanzen einerseits die den Arbeitgebern und Anlageinstituten bei der Durchführung des Vermögensbildungsgesetzes erwachsenden Kosten unter ausdrücklichem Bezug auf Feststellungen des Deutschen Industrie- und Handelstages schätzt (Drucksache 11/2003, Frage 15) und andererseits behauptet, die in „Stellungnahmen verschiedener Bausparkassen enthaltenen Angaben zu den Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der kleinen Kapitalertragsteuer können hier nicht geschätzt werden", die Bundesregierung halte es „aus grundsätzlichen Erwägungen nicht für angebracht, Kostengutachten zur privatwirtschaftlichen Gestaltung von Organisations- und Arbeitsabläufen zu bewerten" (Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele vom 23. März 1988), darauf, daß die mit hohen Verwaltungskosten bei der Arbeitnehmersparzulage begründete Änderung des Auszahlungsverfahrens zu einmaligen Steuermehreinnahmen führt, während die extrem hohen Verwaltungskosten der Bausparkassen bei der Quellensteuer auf Bausparguthabenzinsen nur deshalb nicht eingestanden werden, weil dies gegen die Einführung der neuen Steuerbelastung spräche?

25. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß jeder Verkauf ein und desselben Personenkraftwagens durch den Automobil-Handel – durchschnittliche Lebensdauer eines Personenkraftwagens: zehn Jahre, während der er durchschnittlich dreimal den Eigentümer wechselt – jedesmal wieder der Umsatzsteuer unterliegt, und teilt sie die Feststellung, daß diese Umsatzsteuerpflicht auf Gebrauchtwagen erhebliche Probleme für Verkäufer – Druck auf die Preisforderung wegen weiterzugebendem Umsatzsteuersockel – und Käufer – finanzielle Belastung durch einen künstlich überhöhten Preis – mit sich bringt?

26. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß ein Neuwagenkauf eher für einen finanziell relativ gutsituierten Personenkreis in Betracht kommt, ein Gebrauchtwagenkauf dagegen eher bei einem vergleichsweise kleinen Portemonaie, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um diesen sozialpolitischen Aspekten im Autohandel zu mehr Gewicht zu verhelfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

27. Abgeordneter **Börnsen (Ritterhude)** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, entgegen den Beteuerungen des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, nun doch eine Privatisierung der Deutschen Bundespost, so wie es der Bundesminister für Wirtschaft zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ausgeführt hat (Plenarprotokoll 11/64 S. 4352: „Deswegen sind der Ladenschluß und die Privatisierung der Bundespost wichtige Signale.")?

28. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, unter welchen Voraussetzungen in den Bundesländern Privatpersonen die Errichtung von Windkraftanlagen genehmigt wird?

29. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, zu welchen Preisen die einzelnen Elektrizitätsversorgungsgesellschaften Strom aus privat betriebenen Windkraftanlagen abnehmen, und gibt es Untersuchungen darüber, ob dieser Preis angemessen ist?

30. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Auf der Grundlage der Berichte des „Giesel-Briefes" vom 6. Januar 1988, daß „eine umfassende Neuregelung des Energiewirtschaftsgesetzes" laut Bonner Regierungsmitgliedern „bis 1990 kaum geben" wird – ein Widerspruch zu den Koalitionsvereinbarungen – ergibt sich die Frage, ob die Bundesregierung gedenkt, das Energiewirtschaftsgesetz oder die Bundestarifordnung Elektrizität in der 11. Legislaturperiode zu novellieren und/oder andere Gesetze im Bereich des Energierechtes zu ändern oder zu initiieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

31. Abgeordneter **Fuchtel** (CDU/CSU)

Warum gelingt es den Arbeitsämtern bundesweit trotz einer Arbeitslosenzahl von 2,5 Millionen nicht, die in der Fremdenverkehrswirtschaft der Fremdenverkehrskreise Calw und Freudenstadt derzeit offenen 500 Stellen im Bereich der Gastronomie zu besetzen?

32. Abgeordneter **Fuchtel** (CDU/CSU)

Wie ist zu erklären, daß aus dem benachbarten Gebiet des Landkreises und der Stadt Karlsruhe trotz zumindest teilweiser guter Verkehrsverbindung von den dortigen 9 000 arbeitslos gemeldeten Frauen nicht einmal 1 v. H. für die Tätigkeit in der Gastronomie der angrenzenden Fremdenverkehrsgebiete gewonnen werden kann?

33. Abgeordneter **Andres** (SPD)

Wie schätzt die Bundesregierung bei Aufrechterhaltung des Vorruhestandsgesetzes die jährliche Kostenentwicklung der Bundesanstalt für Arbeit bis 1991 für die Leistungen nach dem Vorruhestandsgesetz ein?

34. Abgeordneter **Andres** (SPD)

In welchem Maße ist für 1988 mit einer Entlastung des Arbeitsmarktes durch die bestehende Vorruhestandsregelung zu rechnen, und welche arbeitsmarktentlastenden Regelungen werden als Alternative von der Bundesregierung nach Auslauf des Vorruhestandsgesetzes ins Auge gefaßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

35. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Gibt es Überlegungen, den schweren Stahlhelm der Bundeswehr durch neue Entwicklungen zu ersetzen, z. B. durch einen Helm, wie er für die spanische Armee entwickelt wurde, der bei halbem Gewicht die doppelte Sicherheit aufweist?

36. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Gibt es bereits Truppenversuche mit unterschiedlichen Helmausführungen?

37. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, als Konsequenz der jüngsten Abstürze von Militärmaschinen der Alliierten, Luftkampfübungen über der Bundesrepublik Deutschland generell zu verbieten?

38. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, eine generelle Heraufsetzung der Mindestflughöhe über der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den deutschen und alliierten Luftstreitkräften durchzusetzen?

39. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 31. März 1988: „Einem Luftfahrzeug, das der Luftfahrzeugführer im Tiefflug aufgibt, dem kann man noch eine Richtung geben." angesichts zahlreicher Abstürze auf Gebäude, und worin liegt in diesem Zusammenhang der Unterschied etwa zwischen einem Wohnhaus und einem Atomkraftwerk?

40. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)

Welche Gefahren für die Bevölkerung können entstehen, wenn ein Flugzeug auf einen der rund 60 vergleichweise schwach geschützten Atomwaffenbunker in der Bundesrepublik Deutschland stürzt, auch im Hinblick auf eine Freisetzung von Plutonium?

41. Abgeordneter **Sielaff** (SPD)

In welcher prozentualen Größenordnung wichen diejenigen Militärflugzeuge, die 1987 von Skyguard-Radargeräten erfaßt wurden, von der jeweils erlaubten Mindestflughöhe ab?

42. Abgeordneter **Sielaff** (SPD)

Läßt sich bei denjenigen Fällen, in denen Militärpiloten die jeweils vorgeschriebene Mindestflughöhe unterschritten, eine prozentuale Aufschlüsselung nach Flugzeugtypen machen?

43. Abgeordnete **Frau Dr. Götte** (SPD)

Wie viele Flugbewegungen wurden 1987 von „Skyguard"-Radargeräten erfaßt, und wie viele Verstöße gegen Flugbetriebsbestimmungen wurden dabei ermittelt?

44. Abgeordnete **Frau Dr. Götte** (SPD)

Wie viele der 1987 registrierten Verstöße gegen Flugbetriebsbestimmungen resultierten dabei aus Geschwindigkeitsüberschreitungen oder Unterschreiten der Mindestflughöhe, und welches zahlenmäßige Verhältnis von Flugzeugen der Bundesluftwaffe zu den Luftstreitkräften der NATO-Partner wurde dabei ermittelt?

45. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, in Anwendung des Artikels 82 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut dieses Abkommen neu zu verhandeln, wenn die Alliierten von sich aus nicht bereit sind, ihre militärischen Tiefflugübungen im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland zu vermindern?

46. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Wie viele Verstöße von Militärpiloten gegen die Luftverkehrsordnung sind in den Jahren 1985, 1986 und 1987 strafrechtlich bzw. ordnungswidrigkeitsrechtlich verfolgt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

47. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Ausbau der Bundesbahnstrecke Nürnberg—Weiden technisch und fahrplanmäßig, und welche finanziellen und organisatorischen Mittel wird die Deutsche Bundesbahn in diesem und im nächsten Jahr einsetzen, um Streckenausbau und Verkehrsbedienung zu verbessern?

48. Abgeordneter **Toetemeyer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn zur Zeit Überlegungen anstellt, neue Standorte für den Güter- bzw. Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland festzulegen?

49. Abgeordneter **Toetemeyer** (SPD)

Hält die Bundesregierung es mit der von ihr zugesagten Hilfe für das Ruhrgebiet für vereinbar, wenn die Deutsche Bundesbahn im Zuge ihrer Überlegungen Hagen als Standort für den Güterverkehr aufgibt, und welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die zur Zeit in diesem Bereich beschäftigten Mitarbeiter?

50. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)

Zu welchen Ergebnissen sind die Untersuchungen, die Kosten für eine Abdeckelung der B 51 (Umgehungsstraße) in Münster in der Ortslage Mauritz zu senken, gekommen, und wird der Bund auf Grund dieser Ergebnisse eine Abdeckelung der B 51 in diesem Bereich in Zusammenhang mit der geplanten Ausbaumaßnahme finanzieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

51. Abgeordnete **Frau Dr. Dobberthien** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die Zahl der zurückgesendeten Päckchen und Pakete durch die Deutsche Bundespost ist, weil die Lagerfrist überschritten war?

52. Abgeordnete **Frau Dr. Dobberthien** (SPD)

Stellt die Bundesregierung Überlegungen an, die Lagerfristen nicht zugestellter Päckchen und Pakete, insbesondere in den Ferienzeiten und zu Weihnachten, zu verlängern, um erhöhte Kosten für Postkundinnen und -kunden zu vermeiden?

53. Abgeordneter **Kleinert (Hannover)** (FDP)

Wie ist sichergestellt, daß Tatsachen über zuzulassende Endgeräte der Telekommunikation aus dem Zentralamt für Zulassungen im Fernmeldewesen (ZZF) in Saarbrücken bzw. aus dem Fernmeldetechnischen Zentralamt der Deutschen Bundespost (FTZ) in Darmstadt nicht den Stellen der DBP zur Kenntnis kommen, die direkt oder indirekt im Wettbewerb zu den Antragstellern stehen, und ist es ausgeschlossen, daß Konkurrenzfirmen der Antragsteller Tatsachen über grundsätzliche neue Entwicklungen oder Einzelheiten solcher Entwicklungen auf diesem Wege in Erfahrung bringen können?

54. Abgeordneter **Kleinert (Hannover)** (FDP)

Mit welcher Höchst- und Mindestdauer solcher Zulassungsverfahren bei dem ZZF bzw. dem FTZ haben Antragsteller zu rechnen, und in welcher Weise wird durch diese Wartezeiten oder zunächst verweigerte, später aber erteilte Genehmigungen Art und Weise sowie Geschwindigkeit der Entwicklung neuer Endgeräte, dies insbesondere im Vergleich zur entsprechenden Entwicklung in anderen Ländern, beeinflußt?

Bonn, den 8. April 1988

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333